

Regionaler Newsletter 2008-03 vom 15. Februar bis 16. März 2008

17.02.2008 www.echo-online.de

Michelstadt. Weiträumige Nazi-Schmierereien

Die **Michelstädter Innenstadt** ist seit der vergangenen Nacht mit nationalsozialistischen Symbolen sowie antisemitischen und ausländerfeindlichen Parolen überzogen. Sprayer und Farbschmierer haben damit Mehr- und Einfamilienhäuser sowie öffentliche Einrichtungen und Straßenflächen in der südlichen Kernstadt verunstaltet. Wie die Polizeidirektion in Erbach aktuell berichtete, haben ihre Beamten eine flächendeckende und weitläufige Verschandelung festgestellt. Sie betrifft ein Gebiet von der Erbacher Straße und dem Stockheimer Weg im Süden bis hin zu Häfnergasse und Kellereibergstraße im Norden, wo der materielle Schaden sich nach Schätzungen der Polizei auf einen mindestens fünfstelligen Betrag summiert. Noch stärker aber setzt der Stadt und ihren Bewohnern der zugrunde liegende Ungeist zu. Gg 17.2.2008

18.02.2008 www.echo-online.de

Nazi-Schmierereien verschandeln Stadt

Kriminalität: Über Nacht stehen Anwohner vor Vielzahl von Parolen und Symbolen

MICHELSTADT/ERBACH. Die Michelstädter Innenstadt ist seit der Nacht zum Sonntag mit nationalsozialistischen Symbolen sowie antisemitischen und ausländerfeindlichen Parolen überzogen. Sprayer und Farbschmierer haben damit Mehr- und Einfamilienhäuser sowie öffentliche Einrichtungen und Straßenflächen in der südlichen Kernstadt verunstaltet.

Wie die Polizeidirektion in Erbach gestern aktuell berichtete, haben ihre Beamten eine flächendeckende und weitläufige Verschandelung festgestellt. Sie betrifft ein Gebiet von der Erbacher Straße und dem Stockheimer Weg im Süden bis hin zu Häfnergasse und Kellereibergstraße im Norden, wo der materielle Schaden sich nach Schätzungen der Erbacher Polizei auf einen mindestens fünfstelligen Betrag summiert. Noch stärker aber setzt der Stadt und ihren Bewohnern der zugrunde liegende Ungeist zu.

Eingedenk dessen gelten die Ermittlungen der Erbacher Polizei vor allem Tatbeständen wie Volksverhetzung und Benutzung verbotener Symbole, die den Aspekt der Sachbeschädigung in den Hintergrund treten lassen. Die Entschiedenheit der polizeilichen Reaktion im zuständigen Dienstteam auf diese Delikte lässt sich an umfassender Spurensicherung, intensiver Fahndung, sofortiger Information der Öffentlichkeit und unmittelbarer Herausgabe eines Zeugenaufrufs erkennen. Nach Erkenntnissen der Polizei haben die Sprayer ihr Unwesen zwischen Samstagabend um 22 Uhr und Sonntagfrüh um 6 Uhr getrieben.

Bei dem Vorfall in der Michelstädter Innenstadt handelt es sich nicht um den einzigen den mittleren Odenwaldkreis treffenden Anschlag dieser Art in der jüngeren Vergangenheit. So weisen etwa die markanten Bäume entlang des Philosophenwegs im Michelstädter Gräsigs ebenfalls die Spuren entsprechender Umtriebe auf und beeinträchtigen damit neben der Natur selbst das wohl wichtigste Michelstädter Naherholungsgebiet.

Zudem sind gestern weitere Nazi-Schmierereien in Erbach entdeckt worden; das Ausmaß dort hatte die Polizei am Sonntagnachmittag aber noch nicht vollständig erfasst.

Zur Beendigung des Spuks der nationalsozialistischen und rassistischen Verschandelung des mittleren Odenwaldkreises kann jeder Bürger beitragen – durch verstärkte Aufmerksamkeit und die Meldung verdächtiger Beobachtungen. Diese können ebenso die Sichtung von Sprayutensilien wie auch eine Begegnung mit den möglichen Tätern betreffen. Die Polizei bittet dringend um Aussagen, Telefon 06962 9530.

gg

18.2.2008

19.02.2008 www.echo-online.de

Sondergruppe jagt Nazi-Schmierer

Verschandelung: Polizei aktualisiert Informationen und ruft zu Aussagen auf

MICHELSTADT/ERBACH. Mit Bildung einer Sonderarbeitsgruppe hat die Odenwälder Polizeidirektion auf die Verschandelung von Teilen der Michelstädter und der Erbacher Innenstadt mit rechtsradikalen Symbolen und Aufschriften reagiert. Dabei sehen sich die Beamten nach wie vor auch mit der Erfassung des gesamten Ausmaßes des Vorfalls gefordert: Mehrfach meldeten sich gestern weitere Geschädigte, deren Anwesen von der Serie von Sprühanschlägen betroffen sind.

Wie berichtet, waren Anwohner und Polizei am Sonntagfrüh auf deren Folgen aufmerksam geworden („Nazi-Schmierereien verschandeln Stadt“, ECHO vom 18. Februar). Der Entdeckung des Frevels in Michelstadt folgte am Nachmittag die Kunde von ähnlichen Schmierereien in Erbach. Als dort hauptsächlich betroffen hat sich inzwischen das Viertel Robert-Bosch-/Werner-von-Siemens-Straße erwiesen. Nach den Erkenntnissen der Beamten gehen alle Besudelungen auf einen Zug durch beide Innenstädte zurück, zu dem sich in der Nacht zum Sonntag mehrere Personen zusammengedrängt hatten. Die Tatzeit lässt sich für die Polizei nun auf die Stunden zwischen 23 Uhr und 3 Uhr früh eingrenzen.

Bestätigt hat die Direktion gestern die beiden Hauptvorwürfe gegen die Schmierer: Die Beamten ermitteln wegen Volksverhetzung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole. Vor diesem Hintergrund appelliert die Polizei auch an den Bürgersinn, wenn sie darum bittet, alle Beobachtungen aus der Nacht zum

Sonntag zu melden, die mit den Schmierereien in Zusammenhang stehen könnten. **Hinweise erwartet die Erbacher Dienststelle, Telefon 06062 9530.** e 19.2.2008

19.02.2008 http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_document_33853932
"Ausländer raus"-Rufe - Anschlag auf von Türken bewohntes Haus



Der Anschlag auf das Haus in Dautphetal hat möglicherweise einen fremdenfeindlichen Hintergrund.

Es war reines Glück, dass bei dem Anschlag niemand verletzt wurde: Die Familie, die in dem Haus in Dautphetal lebte, bemerkte den Brand an der Holzfassade ihres Hauses in der Nacht zum Dienstag rechtzeitig. Doch schwer wiegt der Verdacht, dass es sich um einen ausländerfeindlichen Anschlag handeln könnte.

Unbekannte hatten das Feuer an dem von Türken bewohnten Haus in der Nacht gelegt. "Wir gehen nach derzeitigen Ermittlungen von Brandstiftung aus", sagte ein Sprecher der Polizei in Marburg am

Dienstag. Es sei niemand verletzt worden, weil die in dem Haus lebende dreiköpfige Familie den Brand an der mit Holz verkleideten Fassade einer außenliegenden Treppe rechtzeitig bemerkt und selbst gelöscht habe. Daher sei auch der Sachschaden mit etwa 1.500 Euro relativ gering ausgefallen, erklärte die Polizei.

Aufschrift "HASS" auf der Hauswand

Doch der politische Schaden dürfte ungleich größer sein, sollte sich der Verdacht bestätigen, dass es sich um einen Anschlag mit ausländerfeindlichem Hintergrund handelte. Etwa zwei Stunden vor dem Anschlag war auf die Außenwand des Einfamilienhauses mit einem Wachsmalstift in etwa 50 Zentimeter großen Buchstaben das Wort "HASS" mit SS-Runen geschrieben worden. Zudem berichtete eine 55-jährige Bewohnerin des Hauses, dass sie unmittelbar vor dem Haus zwei Männer gesehen habe, die mit erhobenen Fäusten davonliefen und mehrmals "Ausländer raus" riefen. Nachbarn bestätigten dies. In die Ermittlungen wurde daher der auch für politisch motivierte Taten zuständige Staatsschutz eingeschaltet. Hinweise auf die Verwendung von Brandbeschleunigern ergaben sich nach Polizeiangaben aber nicht. Die Polizei fertigte eine Anzeige wegen Sachbeschädigung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Innenministerium fordert schnelle Aufklärung

Das hessische Innenministerium sprach sich für eine schnelle Aufklärung des Falles aus. "Die Umstände und Motive, die zu dieser Tat führten, müssen jetzt so schnell wie möglich aufgeklärt werden", sagte Ministeriumssprecher Michael Bußer in Wiesbaden. "Ausländerfeindliche Straftaten und Übergriffe haben in Hessen bislang noch nie einen Nährboden gefunden, und das wird auch künftig so bleiben."

21.02.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3171643

Rechtsextreme werben im Land verstärkt um Nachwuchs

Verfassungsschutz warnt vor Freizeitangeboten für Jugendliche / Schülerkongresse gegen Neonazis

KOBLENZ (dpa) Rechtsextremisten werben nach Angaben des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes verstärkt um Nachwuchs. „**Sie betrachten Jugendliche heute als ihre Hauptzielgruppe**“, sagte Andreas Müller vom Verfassungsschutz heute beim Auftakt zu einer Reihe von Schülerkongressen in Koblenz.

Bundesweit sei mittlerweile jeder vierte Rechtsextremist in jugendlichem Alter. Die Szene werbe nicht mehr mit plumpen und platten Parolen, sondern beispielsweise mit scheinbar harmlosen Freizeitangeboten, um auch bei Gesetzeshütern nicht aufzufallen. „**Sie haben dazugelernt. Das macht sie so gefährlich**“, meinte Müller.

Die Schülerkongresse sollen Jugendliche informieren und sie motivieren, sich mit dem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Heute stellten Schüler des Gymnasiums Kusel vor, was sie gegen Rechtsextremismus und Gewalt tun. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Koblenz, Heinz Kahn, berichtete, wie er den Nationalsozialismus und die Zeit im Konzentrationslager erlebte. Es folgten Workshops. Für den Nachmittag stand eine Podiumsdiskussion mit dem rheinland-pfälzischen Innenminister Karl Peter Bruch und der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Doris Ahnen (beide SPD) auf dem Programm.

21.02.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1291656

Schulen ändern Namen - Lange Debatten um die NS-Nähe ihres Patrons VON MARTIN MÜLLER-BIALON

Fast immer waren es lange, bisweilen quälende Debatten. Und zumindest in einigen Fällen taten sich die Verantwortlichen nicht leicht damit, den eingeführten Namen einer Schule wegen Nähe des Namensgebers zur NS-Ideologie zu ändern. Dennoch hat es das seit 1998 in Frankfurt vier Mal gegeben.

Eine fünfte, die Peter-Petersen-Schule in Eschersheim, hat einstweilen ihren Namen behalten. Wobei der Fall exemplarisch zeigt, wie schwierig es für Lehrer, Eltern und den zuständigen Ortsbeirat oft ist, sich ein verlässliches Bild von der Gesinnung der Schulpatrone zu verschaffen. Peter Petersen gilt als einer der Wegbereiter der Gesamtschulen, seine Anfang der 30er Jahre gegründete "Jenaplan-Schule" hatte Modellcharakter. Petersen arrangierte sich im Gegensatz zu anderen Pädagogik-Pionieren mit dem Nazi-Regime und veröffentlichte Jubeltexte über die "volkserzieherischen Veranstaltungen" der NSDAP. Überzeugter Nazi oder bloß Mitläufer?

Bei Heinrich Steul war diese Frage leichter zu beantworten. Ohne lange Debatte änderten die Schulgemeinde der Schule für Körperbehinderte am Dornbusch und der zuständige Ortsbeirat 2001 den Namen in Viktor-Frankl-Schule. Steul war in der NSDAP und in Nazi-Verbänden aktiv.

Lange wurde hingegen über August Henze gesprochen. Auch er erwarb sich als Fachmann Verdienste - er gründete den Verband der Hilfsschulen. Später, in der Nazi-Diktatur, sprach er sich für Zwangssterilisationen aus. Die Förderschule für Sprachbehinderte im Gutleutviertel, die seinen Namen trug, wurde 1998 - gegen den Widerstand der Schulleitung - in Weißfrauenschule umgetauft.

Auch Hedwig Heyls Name verschwand 1999 über dem Eingang der Erzieher-Berufsschule im Nordend. Heyl (1934 gestorben) galt als Vorkämpferin der Frauenbewegung. Als jedoch bekannt wurde, dass sie die Rassenideologie der Nazis unterstützte, wurde ihr Name durch den der jüdischen Lehrerin Berta Jourdan ersetzt.

Als jüngster Fall wurde Albert Griesingers Name aus der Schullandschaft getilgt. Der Heilpädagoge hatte Behinderte als "unterwertigen Ballast" bezeichnet. Die Debatte um einen neuen Namen für die Schule für praktisch Bildbare in Niederursel gestaltete sich schwierig, weil eine Stiftung der Familie Griesinger die Schule bis heute finanziell unterstützt. 2007 einigte man sich schließlich auf den Namen Mosaikschule.

21.02.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1291649

Brandanschlag in Marburg - Trotz Polizeischutz herrscht Angst VON J. RIPPEGATHER, G. COORDES UND J. F. TORNAU

Die türkische Familie fühlt sich in **Dautphetal** nicht mehr sicher: "Das kleinste Geräusch von draußen beunruhigt uns schon, obwohl wir wissen, dass die Polizei das Haus rund um die Uhr bewacht", sagt der Sohn (29). Seit 16 Jahren wohnt er mit seinen Eltern in dem Eigenheim, das Unbekannte in der Nacht zum Dienstag in Brand setzen wollten. Er ist hier aufgewachsen, hat hier studiert, einen deutschen Pass. Bernd Schmidt, Bürgermeister der 13 000-Einwohner-Gemeinde im Kreis Marburg-Biedenkopf, sagt: "Die Familie ist hier voll integriert." Mit dem Vizekonsul der Türkei und dem Marburger Polizeipräsidenten hat er am Mittwochvormittag die dreiköpfige Familie besucht: "Die Eltern sind am Boden zerstört und überlegen sogar wegzuziehen", sagt Schmidt. Unterdes sucht die Polizei immer noch Zeugen. Staatsanwältin Annemarie Wied: "Bisher konnten wir keinen Täter ermitteln." Die Polizei geht von Ortskundigen aus: zwei Männern, die gegen Mitternacht die Holzfassade des Hauses angekokelt hatten. Brandbeschleuniger benutzten sie nicht, der materielle Schaden hält sich mit 1500 Euro in Grenzen. Die 55 Jahre alte Bewohnerin hatte die Täter weglaufen gesehen - mit erhobenen Fäusten, "Ausländer raus" hätten sie gerufen. Was Nachbarn bestätigten.

Etwa zwei Stunden vorher hatten Unbekannte mit dunkelblauem Wachsmalstift in Runen das Wort "Hass" auf die Wand des Einfamilienhauses geschmiert, heißt es im Bericht der Polizei weiter. Sie ermittelt wegen Sachbeschädigung und der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen. Der Staatsschutz ist eingeschaltet.

Nach Einschätzung der Polizei gibt es in Dautphetal keine rechte Szene. "Das ist absolut kein Brennpunkt", sagt Sprecher Martin Ahlich. Trotzdem sind die türkischen Familien sehr beunruhigt: "Die Angst ist jetzt drin", sagt Cengiz Cavusoglu vom Kulturverein. Manche würden ihre Kinder jetzt mit dem Auto zur Schule bringen. "Dabei haben wir bislang immer gut miteinander gelebt."

Rechte machen Schlagzeilen

Im Kreis Marburg-Biedenkopf hat es in der Vergangenheit mehrere rechtsextremistische Vorfälle gegeben. So geriet die Stadt Gladenbach 2004 bundesweit in die Schlagzeilen, weil die Rechtsextremen gleich viermal aufmarschierten. Es gelang, sie mit Demonstrationen, Glockenläuten und einem Kehraus gegen den "braunen Dreck" zu verjagen. Die Aufmärsche gingen auf den Ex-Gladenbacher Manuel Mann zurück, Sprecher des rechtsextremen "Aktionsbündnisses Mittelhessen" (ABM).

Mittlerweile lebt der Neonazi-Aktivist in Amöneburg bei Marburg. Auf den Brandanschlag von Dautphetal reagierte er prompt: "Wetten, es waren keine nationalistischen Täter?!", höhnt er auf der Internetseite des ABM. Rechten Terrorismus, so behauptet er, gebe es nicht. Vorsichtshalber warnt er seine Kameraden vor möglichen Hausdurchsuchungen.

Eine rechte Basis ist jetzt eher in Stadtallendorf östlich von Marburg zu finden, wo die "Republikaner" bei der Kommunalwahl 7,1 Prozent der Stimmen holten. Laut Polizeistatistik gab es 2007 im Landkreis Marburg-Biedenkopf 54 rechtsextrem motivierte Straftaten. Die extreme Rechte ist in Mittelhessen vor allem im westlich angrenzenden Lahn-Dill-Kreis aktiv. Dafür sorgen auch die NPD-Funktionäre und

Kreistagsabgeordneten Doris und Alfred Zutt. In ihrer Heimatgemeinde Ehringshausen kamen die Rechtsextremen bei der Landtagswahl auf zwei Prozent - mehr als doppelt soviel wie im Landesdurchschnitt.

22.02.2008 www.echo-online.de/kundenservice/a_detail.php?id=564579

Unterschriften gegen Rechts

Aktion: Jürgen Fleißner aus Seeheim initiiert „Seeheim-Jugenheimer Erklärung“ – Übergabe der Listen an Bürgermeister Olaf Kühn geplant

SEEHEIM-JUGENHEIM. Seine Großeltern seien „anerkannte Verfolgte des Naziregimes“ gewesen, „ich selbst habe die DDR-Diktatur erlebt“, sagt Jürgen Fleißner aus Seeheim. Extreme politische Haltungen verabscheut er. Deshalb hat der fünfundsechzigjährige Ruheständler eine „Seeheim-Jugenheimer Erklärung für ein Neonazi-freies Seeheim-Jugenheim“ verfasst, für die er derzeit Unterschriften sammelt.

„Rund 400 habe ich bereits“, sagt Fleißner, der keiner Partei angehört. In Seeheim-Jugenheimer Geschäften liegen die Unterschriftenlisten derzeit aus. In seiner Erklärung fordert er ein „Neonazifreies Seeheim-Jugenheim“, will, dass die Gemeinde sich mit friedlichen Mitteln gegen rechtsextreme Gruppierungen wehrt. Fleißner nimmt dazu Bezug auf die Verfassung, zitiert die dort festgeschriebene und unantastbare Würde jedes Menschen, fordert, dass „soziale Probleme nicht auf Kosten von Minderheiten gelöst werden“, dass sich die Bürger für Völkerverständigung einsetzen.

Fleißner ist überzeugt, dass Auftritte rechtsextremer Gruppen dem Image der Gemeinde schaden. Er appelliert zudem, „sich mit den Opfern des Nationalsozialismus verbunden zu fühlen.“ Die Unterzeichner erklären, dass sie gegen jegliche Auftritte von rechtsextremen Gruppen in der Gemeinde sind.

Seine Erklärung schickte er unter anderem an die im Gemeindeparlament vertretenen Fraktionen, an Vereine, Kirchengemeinden und Schulen. „Die Vereine, Kirchengemeinden und Fraktionen haben überhaupt nicht geantwortet. Das hat mich sehr enttäuscht.“ Das Schuldorf habe sich indes sofort an ihn gewendet, Schüler hätten mit dem Sammeln von Unterschriften begonnen. „Eine tolle Unterstützung meiner Aktion“, sagt Fleißner, der in der vergangenen Woche unter den Gegendemonstranten bei einer NPD-Kundgebung in Seeheim war (wir haben berichtet). Die NPD-Vertreter hatten daraufhin ihren Infostand abgebaut und waren abgezogen.

Eine Zeit lang will Fleißner seine Unterschriftenlisten noch ausliegen lassen. Dann will er sie an Bürgermeister Olaf Kühn überreichen. „Von den politisch Verantwortlichen in der Gemeinde und dem Bürgermeister fordere ich, das sie alles in ihrer Macht stehende tun, um rechtsradikale Umtriebe in Seeheim-Jugenheim zu verhindern“, sagte Fleißner dem ECHO.

Die Idee zu seiner Aktion sei ihm durch die „Zwingenberger Erklärung“ gekommen, die dort fast inhaltsgleich von einem Verein initiiert und inzwischen von den Zwingenberger Gremien verabschiedet wurde. Dem Seeheim-Jugenheimer Gemeindevorstand liegt nach Rathausangaben Fleißners Variante noch nicht vor.

bux

25.02.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1293511

Nach dem Brandanschlag - Der Schaden im Inneren VON GESA COORDES, DDP



Beunruhigt wegen des Brandanschlags (dp)

Fahrettin Aslan Oluk ist eigentlich ein Musterbeispiel für Integration. Er ist nicht nur in Deutschland geboren, aufgewachsen und hat hier studiert. Dautphetal, die kleine Gemeinde im Marburger Hinterland, war für ihn auch immer die Heimat. Bis vor ein paar Tagen. Jetzt fühlt er sich erstmals fremd. In der Nacht zum vergangenen Dienstag hatten bislang unbekannte Täter das Wort "Hass" mit SS-

Runen an die Hauswand geschmiert und einen Brandanschlag auf sein Elternhaus verübt: "Der Schaden am Haus ist nicht schlimm", sagt der junge Mann. "Aber der Schaden im Inneren ist unbeschreiblich." Seine Mutter wollte im ersten Zorn das Haus verkaufen. "Das kleinste Geräusch von draußen beunruhigt uns schon", sagt der 29-Jährige und ergänzt: "Das war ein Genickschuss."

29-Jähriger ist gut integriert

Dabei war Ausländerfeindlichkeit für Fahrettin Oluk immer anderswo. In den 60er Jahren ist sein Vater als Gastarbeiter von der türkischen Riviera ins Marburger Hinterland gekommen. Mehr als 30 Jahre hat er als Staplerfahrer gearbeitet, seine Mutter war Metallarbeiterin. Für die vier Kinder war das Zusammenleben mit Deutschen problemlos, auch Fahrettin Oluk hatte schon früh viele deutsche Freunde. Der Moslem sang sogar ab und an in der evangelischen Kirche. Auf der Berufsschule für Wirtschaft und Recht machte er Fachabitur und bekam eine Ausbildungsstelle zum Handelsfachwirt bei einem großen Einkaufsmarkt in der

Region.

Bei seinem Arbeitgeber war er der erste Türke im Verkauf. Und gelegentlich gab es deutsche Kunden, die nicht von ihm bedient werden wollten. Dann sagte er einfach: "Kein Problem, ich hole ihnen schnell einen Kollegen." Auf Auseinandersetzungen ließ er sich auch privat nicht ein. "Ich war immer derjenige, der versucht hat zu schlichten", sagt er.

Stattdessen engagierte er sich beim Theaterspielen in Biedenkopf. Er war im Vorstand des islamischen Kulturvereins. Im Internet hat er eine inzwischen eingestellte Plattform mit Informationen für Türken und Deutsche aufgebaut. Parallel zu seinem Job im Einkaufsmarkt hat er an der Europäischen Fachhochschule für Betriebsökonomie in Hamburg und Basel studiert. Seit dem Examen hat er sich mit Werbung für Deutschtürken und mit Fußcremes selbstständig gemacht. Seit 2003 ist er deutscher Staatsbürger. "Ich will hier wählen und politisch mitarbeiten", sagt Oluk, der passives SPD-Mitglied ist.

In den Nachbarhäusern der Oluks wohnen Deutsche, Spanier, Armenier und Sinti. Im Sommer feiern sie jede Woche in einem anderen Garten. Auch jetzt glaubt er noch fest daran, dass Multi-Kulti funktionieren kann und der Brandanschlag eine Ausnahme bleiben wird. Seine Landsleute - in Dautphetal bringen sie ihre Kinder jetzt mit dem Auto zur Schule - mahnt Fahrettin Oluk zur Ruhe.

Dabei hilft die Solidaritätswelle in der Region. Nachbarn, Arbeitskollegen und Kommunalpolitiker kommen zu den Oluks. Dass sich sogar unbekannte Deutsche mit mitfühlenden Worten melden, tut Fahrettin Oluk gut: "Das gibt mir das Gefühl, dass ich doch nicht so fremd bin."

27.02.2008 [http://www.rnz.de/cgi-bin/netcontent/suche?func=anzeigenlink&filename=Rechtsextremismus ist heute Teil der Jugendk-mms.xml&id=100186457&sqlsuche=rechtsextremismus&linknummer=77&code=&preview=&weitere=&filelock=&searchout=on&.html](http://www.rnz.de/cgi-bin/netcontent/suche?func=anzeigenlink&filename=Rechtsextremismus_ist_heuteTeil_derJugendk-mms.xml&id=100186457&sqlsuche=rechtsextremismus&linknummer=77&code=&preview=&weitere=&filelock=&searchout=on&.html)
„Rechtsextremismus ist heute Teil der Jugendkultur“



Peter Wirkner (li.) und Pfarrer Markus Wittig, Sprecher von "Wir gegen Rechts". Foto: Sturm

Ladenburg. (stu) Peter Wirkner fand deutliche Worte bei der Veranstaltung von "Wir gegen Rechts" im Domhof-Saal. Er ist als Historiker und Beauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für die Bekämpfung von Antisemitismus aktiv. In Ladenburg sprach er über rechtsextremistische Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien.

Stadtpfarrer Markus Wittig, Sprecher von "Wir gegen Rechts", freute sich über ein volles Haus, auch die Landtagsabgeordneten Dr. Birgit Arnold (FDP) und Hans Georg Junginger (SPD) waren anwesend. Er unterstrich, dass das Bündnis nicht nur reaktiv, sondern auch informativ tätig sein wolle. In Ladenburg müsse die tolerante, friedliche Atmosphäre bewahrt werden – rechtsradikale Parolen dürften keinen Platz haben.

Dem pflichtete Bürgermeister Rainer Ziegler bei, zumal Rechtsradikalismus längst keine Randerscheinung mehr sei. Er bat das Aktionsbündnis jetzt schon um Beistand, sollte bei der anstehenden Bürgermeisterwahl ein Kandidat aus dem rechten Lager seine Bewerbung abgeben. "Dann müssen wir gemeinsam die richtigen Strategien festlegen", so Ziegler. Er betonte, dass in Ladenburg "die rechte Brut nicht gebraucht wird".

"Einen unappetitlichen Vortrag" kündigte der Wissenschaftler Peter Wirkner an, der im Rahmen seiner Forschungsarbeiten mit Hunderten rechtsextremistischer Täter sprach. "Extreme schätzen sich selbst als normal ein", sagte der Referent. Über manche Thesen könne man diskutieren. Ihre Forderung, 50 Prozent aller Musiktitel im Radio müssten deutsch sein, sei oberflächlich betrachtet nicht verwerflich. Problematisch werde es allerdings, wenn die deutschen Lieder Hetzparolen beinhalten. Wirkner kann auch mit der Aussage leben: "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein." Allerdings gelte es gleichzeitig, andere Völker zu achten und nicht gering zu schätzen. Tolerante Sichtweisen passten jedoch nicht in das Weltbild der Rechten. Immer wieder würden Juden oder ausländische Mitbürger herangezogen, um Stimmung zu machen.

Zwar nehme die Zahl der Parteimitglieder in der NPD ab, aber neonazistische Gruppen, die projektbezogen auftreten, hätten starken Zulauf. Der Historiker hat in den letzten Jahren ein gesteigertes Gewaltpotenzial in der Szene ausgemacht. Schutz davor biete auch der Staat nicht immer. "Ich habe selbst schon erlebt, wie Polizisten die Täter und nicht die Opfer schützten." Wirkner bedauerte, dass in Deutschland vieles im Argen liege. "Wer über Rechtsextremisten redet, stört den Betriebsfrieden", sprach der Referent von einer zu hohen Akzeptanz in der Bevölkerung. Er schätzt, dass 20 Prozent der Deutschen für rechte Parolen empfänglich seien. Auch den demokratischen Parteien stellte Wirkner, selbst SPD-Mitglied, nicht das beste Zeugnis aus. Fakten und Tendenzen würden ignoriert, stattdessen seien Wahlergebnisse das Maß aller Dinge. So habe es passieren können, dass der Rechtsextremismus den Generationensprung geschafft habe und heute Teil der Jugendkultur sei.

Besonders erschreckend sei, dass es in manchen Regionen von Mecklenburg-Vorpommern keine Aktivitäten von demokratischen Parteien mehr gäbe. Wer eine der wenigen Lehrstellen bekommen möchte, sollte gute Kontakte zu den Rechten haben. Wirkner forderte neben Weichenstellungen in der Bildungs- und Rechtspolitik mehr Zivilcourage im Alltag.

Bei der anschließenden Diskussion begrüßte Altbürgermeister Reinhold Schulz die Aktion "Stolpersteine". Rechtsanwalt Manfred Ramm sagte, dass Demokratie mehr Resonanz brauche und sich daher viel mehr Bürger melden sollten, um in den demokratischen Parteien mitzuarbeiten.

Copyright (c) rnz-online

27.02.2008 <http://www.morgenweb.de/service/archiv/artikel/644003026.html>

Elternabend: Veranstaltung des Kooperationsteams

Über Gewalt von Rechts informieren

Bensheim. Das Bensheimer Kooperationsteam lädt ein zum Abend für Eltern und Interessierte. Dieser Infoabend am Montag (3.) um 20 Uhr im Kolpinghaus geht dem **Theaterstück "Hin- und wegsehen"** von der Theatergruppe theaterspiel von und mit Beate Albrecht voraus. Die Veranstaltung befasst sich mit dem Thema Zivilcourage und Aktivitäten gegen rechte Gewalt.

Theaterstück für Schüler

Bensheimer Schüler ab der 9. Klassen wurden eingeladen und werden das Theaterstück einen Tag später, am kommenden Dienstag (4.), sehen.

Themen des Infoabends sind: Erscheinungsformen, Erkennungsmaßnahmen wie jugendkulturelle Codes, Rechte Musik, Rechte Lebenswelt, Feindbilder der Rechten, Aktivitäten rechter Gruppen in der Region; Informationen zum Theaterstück; Möglichkeiten für Reaktionen der Eltern.

Kooperationsteam

Das Kooperationsteam setzt sich zusammen aus dem Frauenbüro der Stadt Bensheim, Jugend- und Drogenberatungsstelle Prisma der Arbeiterwohlfahrt, Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Kreises Bergstraße, Präventiver Kinder- und Jugendschutz, Polizei Heppenheim (Jugendkoordination), Landeskriminalamt und **Manfred Forell**, dem Integrationsbeauftragten der Stadt Bensheim. Der Eintritt zum Info-Abend ist für die Teilnehmer frei. zg

27.02.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3178590

"Mit Mut und Zivilcourage gegen Rechts"

Familiennetzwerk Lampertheim veranstaltet Expertenvortrag zum Thema "Rechte Gewalt" smi. LAMPERTHEIM Das Familiennetzwerk des Agenda-21-Arbeitskreises "Gesellschaft und soziale Gruppen" hatte am Montagabend zum Expertenvortrag "Rechte Gewalt" in den Sitzungssaal des Stadthauses eingeladen.

"Rechte Gewalt breitet sich aus wie ein Krebsgeschwür. Auch hier in Lampertheim ist ein gewisses Potenzial vorhanden", führte Bürgermeister Erich Maier kritisch in die Veranstaltung ein. Im Vergleich zu anderen Städten, wie beispielsweise Viernheim, ist die Spargelstadt von rechtsextrem motivierten Straftaten jedoch noch relativ unberührt: "In den vergangenen drei Jahren kam es in Lampertheim zu keinen Gewaltdelikten oder Körperverletzungen durch rechte Gruppierungen", berichtete Kriminalhauptkommissar Andreas Kumpf vom Kriminalpolizeilichen Staatsschutz der Polizeidirektion Bergstraße. Solche Zahlen seien jedoch mit Vorsicht zu genießen und oft sehr subjektiv. Der genaue Grund einer Körperverletzung ließe sich im Nachhinein oft nicht ausreichend klären. Dennoch: Fremd ist den Lampertheimern die Thematik keineswegs - Bürgermeister Maier erinnerte an den Brand des Asylbewerberwohnheims Anfang der 90er-Jahre oder die Demonstration Rechtsextremer im Oktober 2005.

Vor der Landtagswahl sorgte die NPD mit dem Verteilen von so genannten "Schulhof-CDs" für Aufregen - auch Lampertheimer Schulen hatten die Parteimitglieder im Visier. "Diese Aktionen sind strafrechtlich nicht zu beanstanden. Für das Verteilen wird keine Sondererlaubnis benötigt. Wir haben bisher noch keine sinnvolle Lösung dieses Problems gefunden", erklärte Kumpf. Wenn die CDs zu Schulbeginn verteilt werden, könne man eingreifen, da so der Unterrichtsablauf gestört wird. Ebenso wenn die CDs auf dem Schulgelände verteilt werden - dann handelt es sich um Hausfriedensbruch. Hierauf hätten sich die Aktivisten jedoch schon eingestellt: "Die CDs werden einfach nach Unterrichtsende außerhalb des Schulgeländes verteilt." Auch Lehrer und Schulleiter sind so machtlos - meist erfahren sie von der Aktion erst am folgenden Tag.

Die NPD kam bei der Landtagswahl in Hessen auf 0,9 Prozent und schrammte somit um 0,1 Prozent an der staatlichen Parteienfinanzierung vorbei. "Das freut mich. Aber dennoch haben immer noch rund 24000 Hessen die Partei gewählt", sagte Kumpf. NPD-Wähler seien häufig noch sehr jung: "Die Jugendarbeit der rechten Gruppierungen ist sehr ausgeprägt. Sie gehen gezielt auf Jugendliche zu - beispielsweise in Schulen, aber auch in Vereinen", erklärte Wilfried Rexroth, Leiter der Koordinierungsstelle "Ikarus" des Projektes Ausstiegshilfen Rechtsextremismus der hessischen Landesregierung.

Städte und Gemeinden dürften deshalb den Bereich Jugendarbeit keinesfalls vernachlässigen, sonst treibe man gewisse junge Menschen direkt in die offenen Arme rechter Gruppierungen. "Wir müssen das Thema systematisch angehen. Eine Elternarbeit für den Kreis Bergstraße ist in Planung", erklärte Rexroth. Man wolle "Räume zurückerobern" und diese nicht der NPD überlassen.

Dem seien jedoch gewisse Grenzen gesetzt. "Die NPD ist eine zugelassene Partei. Jeder hat das Recht zu demonstrieren. Demonstrationen oder Versammlungen können wir nicht verbieten, allerdings existieren hier massive Auflagen."

Verkehren Jugendliche erst einmal in der rechten Szene, wird ein Ausstieg meist schwierig. "Je eher man merkt, dass jemand in dieser Szene verkehrt, desto besser stehen die Chancen, ihn dort herauszuholen." Typische Erkennungsmerkmale seien neben einer Verhaltensänderung auch bestimmte Klamottenmarken, Zahlencodes oder andere Symbole. Das Angebot an Sozial- und Jugendarbeit sei zudem relevant für eine erfolgreiche Bekämpfung des Rechtsextremismus. Letztendlich müsse die Einsicht aber von den Betroffenen selbst kommen - "leider passiert das häufig erst, wenn eine Gefängnisstrafe droht oder die Leber aufgrund des Alkoholkonsums streikt", berichtete Rexroth. Monika Barmann vom Familiennetzwerk und die Referenten sind sich einig: "Wir müssen aufmerksam sein und den Mund aufmachen, wenn wir etwas beobachten. Nur mit Mut und Zivilcourage können wir etwas gegen Rechts bewegen."

28.02.2008 <http://www.morgenweb.de/service/archiv/artikel/644110159.html>

Rechte Gewalt: Kriminalpolizei referiert vor dem Agenda-21-Arbeitskreis "Gesellschaft und soziale Gruppen" - Hass macht auch nicht vor Schulen Halt

Lampertheim. Sozialwissenschaftler Wilfried Rexroth und der Bergsträßer Kriminalhauptkommissar Andreas Kumpf referierten im gut besuchten Stadthaus über das Thema "Rechte Gewalt" sowie deren Vorbeugung und Abwendung. Hierzu hatte der Lampertheimer Agenda-21-Arbeitskreis "Gesellschaft und soziale Gruppen" Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie Organisationen und Institutionen eingeladen, die sich mit Erziehung und Bildung befassen.

"Nach dem Fall der Mauer breitete sich 'Rechte Gewalt' krebsgeschwürartig, besonders in den neuen Bundesländern, mit zunehmender Tendenz aus. Auch in Lampertheim gab es im Januar 1992 einen Brandanschlag mit rechtsextremem Hintergrund", bedauerte Bürgermeister Erich Maier. "Mit Plakaten, Handzetteln, Aufklebern und so genannten 'Schulhof-CDs', machen verschiedene Gruppierungen der Neonazi-Szene auf sich aufmerksam", erklärte Andreas Kumpf. Darin seien fremdenfeindliche Hetze und Parolen enthalten.

Deren Kundschafter würden auch nicht vor Schulen Halt machen. Dort würden sie Kinder und Jugendliche umwerben sowie Ängste und Hass gegen Ausländer schüren. Das "Aktionsbündnis Rhein-Neckar" gebe unterschiedlichen Aktionsgruppen und Kameradschaften eine Plattform. Daraus sei die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hervorgegangen. Vom Bundesamt für Verfassungsschutz werde sie beobachtet und als rechtsextrem eingeschätzt.

"Wer schon früh in solche Kreise gerät und auch später noch darin aktiv ist, kommt nur schwer oder gar nicht mehr aus ihnen heraus", erklärte Kumpf. Selbst Kleinkinder bekämen schon T-Shirts mit dem Aufdruck "Kleiner Germane" von ihren Eltern verpasst. Eine wichtige rechtsextreme Symbolik sei die Zahlencodierung. Die bekanntesten und nach wie vor oft verwendeten Zahlen seien die Zahlen "88" (für "Heil Hitler") und "18" (für Adolf Hitler).

"Im Kreis Bergstraße ist die Tendenz für rechtsextreme Gewalt leicht fallend", erklärte Kumpf. Dennoch sei es für eine Entwarnung zu früh. Wilfried Rexroth, der beim Landeskriminalamt (LKA) das Programm "IKARUS" Aussteiger aus der rechten Szene betreut, bietet schnelle und mobile Beratung an. Mit dem "Beratungsnetzwerk Hessen" können hessische Gemeinden Rat bei Vorkommnissen einholen, die rechtsextremistische, antisemitische oder fremdenfeindliche Hintergründe haben. Es wird gefördert durch ein Programm, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verantwortet wird. Rexroth befürchtet eine weitere Radikalisierung der Neonazi-Szene. Denn bei der letzten Landtagswahl in Hessen habe die NPD schlecht abgeschnitten. Sie werde sich daher wieder öfter auf Straßen zeigen, um mehr Aufmerksamkeit zu gewinnen. Erschreckend sei die Tatsache, dass in einer hessischen Schulklasse, bei der die Landtagswahl nachgestellt worden sei, etwa 75 Prozent der Schüler die NPD gewählt hätten. Auch Erwachsene liebäugelten zunehmend mit rechtsextremen Positionen. "Wir müssen wieder mehr demokratische Auseinandersetzungen üben", forderte er. aha

28.02.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1295377

Kirtorfer Nein zu Rechtsextremen - Bürger gegen Berserker VON GESA COORDES

Skinhead-Konzerte, bei denen menschenverachtende Parolen gebrüllt werden, gibt es in Kirtorf nicht mehr. Dabei hat die Ortschaft im Vogelsbergkreis mehr als zehn Jahre lang mit der rechtsextremen Kameradschaft der "Berserker Kirtorf" von sich reden gemacht. 2002 war sie laut Verfassungsschutzbericht noch die "mit Abstand aktivste" Kameradschaft in Hessen. Bis 2005 trafen sich die Rechtsextremen zu Versammlungen in einem ehemaligen Schweinestall. Die Gruppe existiert auch heute noch. "Aber sie ist nicht mehr besonders auffällig", sagt Kripo-Chef Matthias Wanninger.

Das gehe vor allem auf das Engagement der Bürger zurück, sagt der Marburger Rechtsextremismusforscher Benno Hafener. Diese Woche hat er die Ergebnisse des Projekts "Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus" in Kirtorf präsentiert. Im Auftrag des Hessischen Jugendrings hat er seit 2006 Leiter von Jugendgruppen in Kirtorf, Gladenbach und dem Butzbacher Stadtteil Hoch-Weisel befragt.

Rechte Wohngemeinschaft

Die mittelhessische Stadt Gladenbach geriet 2004 bundesweit in die Schlagzeilen, weil die Rechtsextremen gleich vier Mal aufmarschierten. In Hoch-Weisel in der Wetterau gründete der hessische NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll eine Wohngemeinschaft mit Gesinnungsgenossen.

Doch die Leiter der Jugendgruppen standen dem Phänomen zunächst relativ hilflos gegenüber. "Viele wollen mit Politik eigentlich nichts zu tun haben", sagt Hafener. Trotzdem stieß das Projekt auf großes Interesse. Es stellte sich heraus, dass rechtsextreme Jugendliche in den Gruppen kaum auftauchen.

"Jugendarbeit immunisiert gegen Rechtsextremismus", urteilt Hafener. Rassistische Sprüche und Stammtischparolen gab es aber gelegentlich.

Um die ehrenamtlichen Jugendleiter zu stärken, wurden in allen drei Kommunen Runde Tische eingeführt, an denen nicht nur Erfahrungen ausgetauscht wurden. In Anti-Gewalt-Trainings wurde geübt, wie man auf ausländischerfeindliche Sprüche reagieren kann.

"Der Rechtsextremismus ist modernisiert", sagt Manfred Wittmeier vom Hessischen Jugendring. Die Aktivisten präsentierten sich als gute Helfer bei schulischen Problemen: "Traditionelle Gedenkstättenarbeit reicht nicht mehr. Das erfordert andere Antworten auf der Seite der Jugendarbeit."

Problem unterschätzt

In allen drei Orten waren Bürgerinitiativen die treibende Kraft gegen Rechts, sagt Hafener. Dabei taten sich die Menschen in Kirtorf am schwersten, weil sich die Kameradschaft hauptsächlich aus "Kindern der Gemeinde" speiste. "Wir haben das Problem zunächst unterschätzt", räumt der Kirtorfer Bürgermeister Ulrich Künz (CDU) ein: "Heute sind wir wachsam."

28.02.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hanau/?em_cnt=1295492

Kein Platz mehr für Neonazis - Bruchköbel Bündnis will rechte Umtriebe stoppen / Braune Ideologie in moderner Verpackung **VON DETLEF SUNDERMANN**

Vor rund 270 Besuchern ist am Dienstagabend in der Stadthalle von Bruchköbel das Bündnis "Gemeinsam gegen Rechtsextrem" gegründet worden. Anlass ist die wachsende rechtsextreme Szene, die ihre nationalsozialistische Gesinnung in der Stadt immer häufiger frank und frei kundtut. Im vergangene Jahr habe eine Gruppe Rechtsextremer versucht, sich mit einer rot befleckten israelischen Staatsfahne unter die Ostermarschierer zu mischen, berichtete Bündnisinitiator Lars Manecke.

Als weitere Beispiele nannte er die Feiern zum "Führergeburtstag" auf den Feldern zwischen Roßdorf und Niederissigheim mit anderen Rechtsextremen. Auch würden Flugblätter an der Schule verteilt und rassistische Aufkleber in der Stadt gestreut. Feste oder der Weihnachtsmarkt seien nach den Angriffen von Skinheads für manche Jugendliche zu No-go-Areas geworden.

"Ich kann es nicht verstehen, dass die Rechtsextremen in Bruchköbel so ungeniert auftreten können", sagt Dominik (24) der FR. Persönlich habe er mit den Rechten in der Stadt noch nichts zu tun gehabt. Aus seiner Zeit an der Heinrich-Böll-Schule kennt er eine "kleinen Gruppe", die mit ihrem Aussehen und ihren rassistischen Sprüchen provoziert habe. Als traurig bezeichnet der Bruchköbeler die Rolle des scheidenden Bürgermeister Michael Roth (CDU), der stets behauptet habe, es handele sich nur um vereinzelte Jugendliche, ohne ideologischen Hintergrund.

Gastredner Hans-Christoph Stoodt vom der Frankfurter Anti-Nazi-Koordination erklärte, dass sich mit dem NPD-Landesvorsitzenden Marcel Wöll aus Butzbach die Strategie der Rechten geändert habe. Sie versuchten nun, ihr Klientel in den Dörfern und an den Schulen zu fischen. Die Jugendliche sollten mit rassistischen Videos im Internet oder mit Musik-CDs von rechtsextremen Bands geködert werden. Laut Stoodt unterwanderten NPD-Mitglieder auch Vereine, um beispielsweise als Übungsleiter für Kinder und Jugendliche die braune Ideologie zu verbreiten.

Schild am Ortseingang

Die Fraktionsvorsitzenden kündigten an, dass in der nächsten Sitzung des Bündnisses der Beitritt der Stadt auf der Tagesordnung stehen solle. Vorgeschlagen wurde auch eine Telefonkette, um rechtsextremen Umtrieben in der Stadt sofort gemeinsam entgegenzutreten zu können. Mit großem Beifall wurde die Idee begrüßt, am Ortseingang Schilder mit dem Text "Bruchköbel, kein Platz für Rechtsextreme" aufzuhängen. Lars Manecke bemerkte zudem gegenüber der FR: "Das Bündnis hat die bürgerliche Seite mit den antifaschistischen Bewegungen zusammengebracht".

Das nächste Treffen des Bündnisses Gemeinsam gegen Rechtsextrem findet am Mittwoch, 5. März,

19.30 Uhr, im Bürgerhaus Bruchköbel statt.

28.02.2008 <http://jungle-world.com/seiten/2008/09/11534.php>

Hässliches Hessen

Das Haus einer türkischen Familie in Dautphetal bei Marburg ist vermutlich von Rechtsextremisten angesteckt worden. kommentar von alex feuerherdt

Wie Anfang Februar in Ludwigshafen brannte am späten Montagabend der vergangenen Woche in der nahe Marburg gelegenen Ortschaft Dautphetal ein von Türken bewohntes Haus. Während nur wenig dafür spricht, dass das Feuer in der zweitgrößten rheinland-pfälzischen Stadt, bei dem neun Menschen starben, von Neonazis gelegt wurde, gehen die zuständigen Behörden in Marburg genau davon aus.

Der 29 Jahre alte Sohn der dreiköpfigen türkischen Familie hatte beim Verlassen des Hauses zunächst zwei Männer gesehen, die fluchtartig das Weite suchten. Wenig später bemerkte er, dass an die Hauswand das Wort »Hass« geschmiert worden war, wobei die letzten beiden Buchstaben die Form von Runen hatten. Zwei Stunden später brannte die Holzverkleidung des Hauses. Die 55jährige Mutter beobachtete aus dem Fenster zwei Männer, die mit erhobenen Fäusten davonliefen und mehrmals »Ausländer raus« riefen. Nachbarn der Familie bestätigten dies.

Der Polizeipräsident von Mittelhessen, Manfred Schweizer, sagte, die Polizei nehme an, dass die Täter zwei Mal zum Tatort gekommen seien: zuerst, um verfassungsfeindliche Symbole zu schmieren, und später noch einmal, um das Haus anzuzünden. Das zeuge »von einer großen kriminellen Energie«. Weil die Bewohner das Feuer rasch entdeckten und löschen konnten, hielt sich der Sachschaden mit 1 500 Euro in Grenzen.

Weit schwerer wiegen die seelischen Folgen. Der Sohn sagte, der Anschlag habe insbesondere seine Eltern tief getroffen. Sie hätten sich in Deutschland nie wohl gefühlt, und ihr erster Gedanke nach der Brandstiftung sei gewesen, das Haus zu verkaufen und in die Türkei zurückzukehren. Sie könnten kaum noch schlafen, weil jedes Geräusch sie aufschrecken lasse.

In Ludwigshafen sollen derweil nach Angaben des Südwestrundfunks die beiden Mädchen ihre Aussagen zurückgenommen haben, denen zufolge sie einen Brandstifter beobachtet hatten. Der Vater eines der beiden Kinder bestritt dies in einem Interview mit einem privaten Radiosender jedoch vehement, und auch der Leiter der Staatsanwaltschaft Frankenthal, Lothar Liebig, wollte den Bericht des SWR nicht bestätigen. Im Laufe dieser Woche sollen die Sachverständigen ihr Gutachten vorlegen, von dem sich die Behörden Aufschluss über die Brandursache erhoffen.

Egal, was das Ergebnis sein wird – es spricht alles dafür, dass in Dautphetal Brandstifter am Werk waren, die mit ihrer Tat auf den grausamen Tod von neun türkischen Menschen in Deutschland Bezug nahmen.

Nach wie vor gibt es handfesten Rassismus sowie eine aktive Neonaziszene vor allem im Osten, aber auch im Westen der Republik, wie der Anschlag bei Marburg zeigt. Die aufgeregten Diskussionen um »Parallelgesellschaften« und »Ausländerkriminalität« verschleiern dies. Wann immer es um die »Integration« von Migranten geht, werden zwei Fragen nie gestellt: die nach der Integrationsbereitschaft der Deutschen und die nach der Verfasstheit der postnazistischen Gesellschaft, in die sich Nichtdeutsche integrieren sollen. Dabei müsste genau das ein zentrales Thema sein.

28.02.2008 www.tagesschau.de

* **[Stuttgart: Brandstiftung in Asylbewerberheim - Haftstrafen](#)**

Zwei 22 und 28 Jahre alte Männer sind vor dem Landgericht Stuttgart wegen schwerer Brandstiftung und versuchten Mordes zu hohen Haftstrafen verurteilt worden. Die beiden hatten laut Anklage ein Asylbewerberheim in Esslingen in Brand gesetzt. Dabei wurden 13 Menschen verletzt. [\[swr\]](#)

28.02.2008 www.welt.de

Baden-Württemberg - [CDU verlässt nach Nazi-Vergleich den Landtag](#) von dpa/sa

Im Streit über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen SPD und der Partei Die Linke ist es im Landtag von Baden- Württemberg zu einem Eklat gekommen. SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel warf Ministerpräsident Oettinger vor, sich in seinem Sprachgebrauch nahe an dem der Nationalsozialisten zu bewegen. Darauf marschierte die CDU-Fraktion geschlossen aus dem Plenarsaal. [» mehr](#)

28.02.2008 <http://www.tagesspiegel.de/art17,2485321>

Stuttgarter CDU verlässt Plenarsaal

Tumultartige Szenen im Landtag von Baden-Württemberg: Die Diskussion um eine Zusammenarbeit zwischen Linken und SPD bringt die Gefühle in Wallung. Ministerpräsident Oettinger spricht von einem "Virus" - die SPD antwortet mit der Nazikeule.

28.02.2008 http://www.redok.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1039&Itemid=38

++Razzia bei rechten eBay-Verkäufern ++

Wiesbaden. In einer bundesweiten Aktion hat das Bundeskriminalamt (BKA) heute seit den frühen Morgenstunden die Wohnungen von 23 Beschuldigten durchsucht, die in der Internet-Auktionsbörse eBay

rechtsextreme Bücher und Tonträger angeboten haben sollen. Gegen weitere 70 Beschuldigte laufen Ermittlungen. Bei den Durchsuchungen wurden Computer, Datenträger und Musik-CDs sichergestellt.

28.02.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3180849

"Rhein Hessen gegen Rechts" gegründet

rhd. RHEINHESSEN Der Ingelheimer Roland Schäfer ist zum Vorsitzenden des frisch gegründeten Vereins "Rhein Hessen gegen Rechts e.V." gewählt worden. Der Verein hatte sich im Anschluss an die Kundgebungen gegen die NPD-Demo in Saulheim gegründet. "Wir haben aus der Bevölkerung große Unterstützung erhalten und können mit der Gründung sehr zufrieden sein", resümierte Schäfer.

Ihm zur Seite stehen Tabea Rössner (Mainz) und Florian Maier (Mainz) als Stellvertreter. Als Geschäftsführer fungiert Dominik Merz (Mainz), als Schriftführer Svetlana Husenbeth (Saulheim), als Beisitzer Andreas Wagenführer (Wörrstadt) und Patrick Herr (Udenheim).

Der Verein hat es sich zum Ziel gemacht, Initiativen und Projekte, die sich gegen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus richten, zu fördern, zu unterstützen und untereinander zu vernetzen. Zudem soll der Verein ein bürgerliches Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus sein. Für junge Leute will die Gruppe eine Alternative zu linksextremistischen Strukturen bieten. Deswegen sei es wichtig, dass sich auch andere gesellschaftliche Gruppierungen daran beteiligen würden.

Die Initiative hatte sich im August 2007 nach den Angriffen in Guntersblum gegründet. Ursprünglich war es eine Aktion der Jusos Mainz-Bingen. Schnell schlossen sich andere Organisationen und Gruppierungen dem Aufruf an. Schon heute gibt es in Rhein Hessen viele Vereine, Initiativen und Institutionen, die sich mit dem Thema Rechtsradikalismus auseinandersetzen, mit Aufklärungsarbeit und Gedenkarbeit. "Wir wollen versuchen ein Netzwerk zu bilden. Aber wir wollen uns auch mit eigenen Veranstaltungen gegen Rechtsradikalismus stark machen", so Schäfer.

Kontakt: Roland Schäfer, Telefon (0163) 8271468, mail@RheinHessen-gegen-Rechts.de;

www.rheinHessen-gegen-recht.de

29.02.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3182856

Hakenkreuze und zerstörte Altarbibel

Unbekannte beschmierten evangelische Kirche

Von Martina Weyand-Ong

LANGENHAIN Der Ort ist für seine Idylle bekannt, der Dorfkern geprägt von schönen Fachwerkhäusern und der über 250 Jahre alten evangelischen Kirche. Wer schon einmal den Weihnachtsmarkt in Alt-Langenhain rund um die Kirche besucht hat, der muss denken, dass dort die Welt noch in Ordnung ist. Doch am vergangenen Wochenende hat, wie berichtet, Zerstörungswut gezeigt. Die alte Kirche war das Ziel und nun erhebliche Schäden.

"Keine Rechtsextreme"

Rings um die Kirche und das Gemeindehaus haben die noch nicht bekannten Täter nicht nur diverse Schmierereien hinterlassen, sondern auch mit einem blauen Schaum herum gesprüht. Der oder die Täter haben sich dabei nicht nur an der rückseitigen Kirchenwand zu schaffen gemacht, sondern auch an der Verbindungsmauer zum darunter liegenden Gemeindezentrum und dem Kirchenvorplatz. Sogar die Altarbibel haben sie zerstört.

Entdeckt worden waren die Schmierereien an den Außenwänden, zu denen auch das verfassungswidrige Hakenkreuz gehört, vor dem Gottesdienst am Sonntagvormittag. Dabei musste festgestellt werden, dass auch der Innenraum der Kirche nicht verschont geblieben war. Dort waren unter anderem auch Stühle sowie die Altarbibel mit blauem Schaum eingesprüht worden. Zudem war dieser Schaum auch in die Automatik-Steuerungsanlage der Heizung hineingesprüht, die sich in der Sakristei befindet.

Auch wenn die Hakenkreuzschmierereien beunruhigend sind, glaubt die Pfarrerin Susan Genthe erst einmal an keinen rechtsextremistischen Hintergrund. Den gibt es ihrer Meinung nach nicht in Langenhain. "Ich vermute hinter den Tätern vielmehr Jugendliche, die sich im Übermut zu dieser Aktion haben hinreißen lassen, ohne sich dabei im Klaren zu sein, was sie damit für einen Schaden anrichten." Bei der Aktion handele es sich aber um alles andere als um einen "dummen-Jungen-Streich". Der verwendete blaue Schaum, von dem die Pfarrerin annimmt, dass er ein Fastnachtsartikel ist, hat Spuren hinterlassen, deren Beseitigung recht teuer werden kann. Die blaue Farbe ist in das Mauerwerk der Kirche eingezogen, so dass die Spuren auch nach der ersten oberflächlichen Reinigung noch zu sehen sind.

Das ist bitter für die Kirchengemeinde, auch wenn sie gegen Vandalismus-Schäden versichert ist. Denn das Gotteshaus ist erst vor zwei Jahren außen von Grund auf saniert worden. Dabei wurde nach vorhergegangenen Fehlschlägen mit einem speziellen Kalkanstrich und -Putz gewährleistet, dass sich die Feuchtigkeit nicht wieder durchdrückt. Das war nicht gerade billig, sondern hat einen großen Anteil an der insgesamt knapp 250000 Euro teuren Sanierung und Neugestaltung des Außengeländes ausgemacht. Wenigstens die Automatik für die Heizung konnte nach stundenlangen Reinigungsarbeiten erst einmal wieder in Gang gebracht werden. Schlimm findet die Pfarrerin, dass die Kirche nun bereits zum zweiten Mal Ziel von Zerstörungswütigen geworden ist, die auch das Ehrenmal auf dem ehemaligen Kirchhof nicht

verschont haben. Denn bereits vor gut vier Jahren waren in der Amtszeit ihres Vorgängers schon einmal Gesangbücher und die Altbibel zerfetzt worden.

01.03.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1296576

Rechtsextreme kündigen Demonstration an - Aufmarsch in Dautphetal

Die Polizei bereitet sich auf eine Konfrontation mit Rechtsextremen in Dautphetal im Marburger Hinterland vor. Nach Auskunft des Marburger Polizeisprechers Martin Ahlich hat das rechtsextreme "Volkstreue Komitee für gute Ratschläge" für den heutigen Samstag eine Demonstration in der Ortschaft angemeldet. Fast zeitgleich planen die Erziehungsgewerkschaft GEW und der DGB unter dem Titel "Wir sagen Nein zu Rassismus" eine Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit. Damit wollen die Gewerkschafter ihre Solidarität mit der türkischen Familie zeigen, auf deren Wohnhaus in der vergangenen Woche ein Brandanschlag verübt wurde. Die Polizei fahndet noch immer nach den Brandstiftern.

Das "Volkstreue Komitee für gute Ratschläge" war an den rechtsextremen Aufmärschen beteiligt, die 2004 im nahegelegenen Gladenbach für Schlagzeilen sorgten. Der Dautphetaler Bürgermeister Bernd Schmidt (Freie Wähler) fürchtet nun "Gladenbacher Verhältnisse".

Die Gemeinde hat am Freitag erfolglos versucht, die rechtsextreme Demonstration juristisch zu verhindern. Vor dem Verwaltungsgericht Gießen wurde die Verbotserfügung aufgehoben. Die Rechtsextremen dürfen aber nicht in die Nähe des Hauses der Opfer kommen. **Gec**

01.03.2008 www.echo-online.de/kundenservice/a_detail.php3?id=580224

Zeichen gegen Rassismus

Fußball: FC Sportfreunde gegen Schönberg: Beschimpfungen gipfeln in Schlägerei und Strafe

Bei Äußerungen rassistischen Inhalts wird der Fußball-Rechtsausschuss des Kreisverbands Bergstraße nicht nur hellhörig, sondern ganz und gar humorlos. Das hat am Donnerstag ein Spieler des C-Ligisten SV Schönberg erfahren. Der Rechtsausschuss sperrte den Abwehrmann für vier Monate, weil er in beiden Punktspielen gegen den FC Sportfreunde Heppenheim einen Gegenspieler mit Ausdrücken wie „Nigger“ und „schwarzer Affe“ bedachte.

Unrühmlicher Höhepunkt der Auseinandersetzung war eine Keilerei nach dem zweiten Spiel am 18. November vor dem Heppenheimer Stadion, als der Sportfreunde-Spieler dunkler Hautfarbe, gereizt von den Beleidigungen, mit Fäusten auf den Schönberger losging. Für diese Aktion wurde der Heppenheimer vom Ausschuss mit einer Sperre in Höhe von drei Monaten (zwölf Pflichtspiele) verurteilt.

Wie so oft bei einer mündlichen Verhandlung gab es zwei Versionen des Geschehens. Die Schönberger Vertreter hatten – mit einer Ausnahme – keine rassistischen Beleidigungen während der beiden Spiele gehört, die acht Sportfreunde-Zeugen dagegen schon. Unstrittig war, dass es nach dem Spiel in Heppenheim zu einer Schlägerei kam. Ob der Schönberger Provokateur nun einen reinen Faust-Zweikampf mit dem Heppenheimer Beleidigten bestritt, ob drei oder gar zehn Sportfreunde-Spieler mitprügelten und den am Boden liegenden Schönberger traten, das ließ sich nicht zweifelsfrei klären. Ein am selben Tag angefertigtes Attest bestätigte dem Schönberger unter anderem mehrere Prellungen sowie Schürfwunden.

Beide Parteien – in sich mehr oder weniger übereinstimmend – schilderten die Prügelei anders, und es gab wohl auch eine Absprache unter den Zeugen. Darunter könnte die Wahrheit gelitten haben, wie der Ausschuss in seiner Urteilsbegründung feststellte.

Fest stand für den Rechtsausschuss nach der mehr als dreieinhalbstündigen Verhandlung in Elmshausen, dass der Spieler aus Schönberg schon im Hinspiel seinen dunkelhäutigen Kontrahenten beleidigt und sogar bespuckt hatte. Im Rückspiel habe der Defensivakteur („Ich spiele hart, aber fair“) die Fehde fortgesetzt. „Er hat mit Beleidigungen seinen Gegenspieler dazu gebracht, aus der Rolle zu fallen. Er hat die Auseinandersetzung gesucht und gefunden“, stellte Rechtswart Gerold Gerstorfer (Heppenheim) fest. Für eine eventuelle Verurteilung anderer Heppenheimer Spieler, die laut Schönberger Aussagen mitgetreten und -geprügelt haben sollen, reichte das Beweismaterial nicht. Auch aus den umfangreichen Ermittlungsakten der Polizei (die Beteiligten hatten sich wechselseitig angezeigt) habe sich der Tathergang nicht zweifelsfrei rekonstruieren lassen.

Bei ihren Bemühungen, die Streithähne zu trennen, könnte der eine oder andere „etwas unglücklich hingelangt“ haben. Gerstorfer: „Wir haben zwei Protagonisten, alle anderen können als idiotische Mitläufer bezeichnet werden.“

Die Sperre für den Sportfreunde-Spieler setzte der Rechtsausschuss einen Monat niedriger an, weil dieser seine Verfehlung, also die Schlägerei, eingeräumt habe. Vom Schönberger hätte sich Gerstorfer „mehr Offenheit“ gewünscht. Der Spieler bestritt bis zum Schluss jedwede Beleidigung: „Das habe ich noch nie getan, das habe ich nicht nötig.“

Für Schönbergs Vorsitzenden Bernd Erdmann war die Verhandlung vor dem Rechtsausschuss ein Aha-Erlebnis: „Ich bin geschockt und werde meinen Spielern sagen, dass ich so etwas nicht mehr

erleben möchte“.

all/ü

04.03.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hanau/?em_cnt=1298027

Strategien gegen Rechtsextreme - Karben Bündnis zur Anti-Rassismus-Woche

Rechtsextremisten sollen in Karben keinen Fuß auf den Boden bekommen. Darum bemüht sich seit Jahren ein Bündnis, das vom Deutsch-Ausländischen Freundeskreis und Ausländerbeirat über DGB, Polizei und Berufsbildungswerk Südhessen bis zur Schulsozialarbeit der Stadt und dem Arbeitskreis Schule des Gesprächskreises Prävention reicht. Es ist recht erfolgreich. Rechtsextremisten spielen in der knapp 22 000 Einwohner zählenden Stadt nur eine marginale Rolle. Bei der jüngsten Landtagswahl bekam die NPD 107 Stimmen (1,0 Prozent) und die sogenannten Republikaner 64 (0,6 Prozent).

Gelegentlich blubbert aber auch in Karben der braune Sumpf. Stadtrat Jochen Schmitt (SPD) spricht von "latentem Rechtsextremismus", der sich in Schmierereien, rechtsextremer Musik oder dem Hissen der Reichskriegsflagge äußere. Polizeisprecher Willi Schwarz spricht von einem "weichen Randbereich" des Rechtsextremismus. Der "soll nicht hart werden". Das Karbener Bündnis will die Internationale Woche gegen Rassismus vom 15. bis 23. März nutzen, Strategien zu entwickeln, diesen weichen rechten Rand positiv zu beeinflussen. "Un-rechts-bewusstsein - Strategien gegen Rechtsextremismus" ist das Thema der Hauptveranstaltung.

Die Aussage, "Nazis erkenne ich auf den ersten Blick", stimme heute nicht mehr, sagt Dorothea Fingerling vom Arbeitskreis Schule. Es gehe darum, Jugendliche zu sensibilisieren, die in die braune Szene hineinrutschen könnten. In der Veranstaltung werden Mitarbeiter des Teams "Zivile Kräfte stärken" der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank referieren.

Kein Zutritt für Neonazis

Neonazis haben zu der Veranstaltung keinen Zutritt. Das Karbener Bündnis zieht damit die Lehre aus einer Veranstaltung mit dem Rechtsextremismus-Experten Benno Hafenecker im vergangenen Jahr. Damals waren acht Rechtsextreme aufgetreten und hatten versucht, durch dreiste Einwürfe und rhetorische Fragen die Veranstaltung zu stören. Solche Auftritte gehören zur Strategie der Rechtsextremen, weiß Polizeisprecher Schwarz. In einer Veranstaltung zu Strategien gegen Rechtsextremismus hätten Rechtsextreme nichts zu suchen, sagt Fingerling.

An der Kurt-Schumacher Schule bieten DGB-Jugend und "Courage - Netzwerk für Demokratie" Projekttag zur Anti-Rassismus-Woche an, in denen es um couragiertes Handeln gegen Rassismus und Rechtsextremismus geht. Außerdem lädt die Schulsozialarbeit zu dem Workshop "Warum werden Leute Nazis?" ein. **ieb**

06.03.2008 <http://jungle-world.com/seiten/2008/10/11568.php>

Zum Auflösen zu blöd

Die Neonazis sind bei den Wahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg sang- und klanglos untergegangen. kommentar von burkhard schröder

In Hessen erreichte die NPD noch nicht einmal die Stimmenzahl, die nötig ist, um Wahlkampfkosten erstattet zu bekommen. In Hamburg war nur die DVU angetreten. Auch sie bekommt kein Geld aus der Staatskasse. In einigen Bezirken erreichte sie sogar noch weniger Stimmen als »Die Partei«, die deutsche Kampftruppen nach »Süd-Liechtenstein« schicken will. In den alten Bundesländern haben derzeit nur Rechtspopulisten wie ein Ronald Schill eine Chance, kurzfristig einen Zipfel der Macht zu erhaschen. Die DVU, die durch die Finanzkraft ihres alternden Vorsitzenden Gerhard Frey in der Lage gewesen wäre, die Bevölkerung mit brauner Propagandasöße zu überschütten, bleibt eine schrumpfende Politsekte. Neonazis in Parlamenten sind also ein ostdeutsches Phänomen.

Das Geld Freys eröffnete dem braunen Spektrum zumindest den propagandistischen Zugang zu Nicht- oder Protestwählern, denen es egal ist, was sie ankreuzen, wenn es nur die »Etablierten« ärgert. Damit ist es vorerst vorbei. Diesen Protest scheint »Die Linke« aufgesogen zu haben. Die größte Leistung Oskar Lafontaines im Westen ist es, dieses Milieu zu neutralisieren.

Die NPD allein ist im Westen nicht in der Lage, die Klientel zu erreichen, die ihr noch in den sechziger Jahren in Südwestdeutschland zweistellige Wahlergebnisse beschert hatte. Sie stützt sich vorwiegend auf die militanten Aktivisten der so genannten Freien Kameradschaften und auf Teile der rechten Jugendkultur. Im Beitrittsgebiet ist das anders: Die NPD ist vor allem in Kleinstädten verankert. Die Nazi-Klientel dort ist aus ökonomischer Sicht kleinbürgerlich, aber viel weniger abgesichert als vergleichbare Milieus im Westen und daher leichter zu radikalisieren.

Die Wahlergebnisse bedeuten nur etwas für den Machtkampf zwischen den beiden konkurrierenden Nazi-Parteien und für ihr Zweckbündnis »Deutschlandpakt«. Die NPD ist in einer Zwickmühle: Modernisiert sie sich wie die italienischen Neofaschisten, um für neue Wählerschichten akzeptabel zu sein, müsste sie ihre Aktivisten abstoßen. Verließe sie sich auf ihre ostdeutschen Stammwähler, kann sie den Westen abschreiben. Der »Deutschlandpakt« war ein Versuch, das zu ändern – er ist wohl endgültig gescheitert.

Das Wahlverhalten der Deutschen ist seit Jahrzehnten unflexibel und relativ konstant, trotz zahlreicher soziologischer Unkenrufe, die Wählerinnen und Wähler entschieden sich angeblich immer unberechenbarer. Als Politsekte hat die NPD keine Chance, die politische Mitte über kurze Konjunkturen hinaus zu radikalieren. Auch nicht mit einem Wahlkämpfer an ihrer Seite wie Roland Koch, der Parolen der NPD volkstümlich an die Wähler gebracht hat – allerdings für eine andere Partei. Den Kadern der NPD und der DVU bliebe nur eine Chance, mehr politischen Einfluss zu bekommen als jetzt: Das zu tun, was ihnen die Maoisten von der KPD 1980 vormachten – die Partei aufzulösen und woanders unterzuschlüpfen. Aber dazu sind die Nazis zum Glück zu blöd.

06.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3190296

Warnen vor Rechtsradikalen - Schüler in Wöllstein sensibilisiert

SPRENDLINGEN Rechtsradikale sind nicht unbedingt an einer Glatze oder Springerstiefeln zu erkennen. Das lernten die jugendlichen Besucher bei einer Veranstaltung des evangelischen Dekanats Wöllstein im Gemeindehaus der Michaelisgemeinde in Sprendlingen.

Von Bernhard Brühl

"Die `neuen Rechtsradikalen´ haben ihre Werbemethoden verfeinert und lassen den wahren extremistischen Hintergrund zunächst nur erahnen", sagte Andreas Müller vom Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz. "Sie nutzen zum Beispiel kostenlos auf Schulhöfen verteilte Musik CDs als Rekrutierungsmittel." Gerade Musik sei eine Art "Einstiegsdroge" geworden. "Weitere Werbemittel sind Angebote wie Hausaufgabenhilfe, Beratung bei persönlichen Problemen, Hilfe bei der Lehrstellensuche, aber auch Grillfeste und Besuche rechtsextremistischer Konzertveranstaltungen." Die Rechtsextremisten versuchten mit ihrem Werben zunächst das Vertrauen argloser junger Menschen zu erschleichen. Haben Sie es gewonnen, wollten sie ihnen ihre menschenverachtende Weltanschauung vermitteln.

In seinem Referat machte Andreas Müller klar, dass sich die rechtsextremistische Weltanschauung durch viele Merkmale erklärt. Grundgedanke sei die ungleichwertige Abstammung der Menschen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit würden beseitigt. An ihre Stelle träte eine gleichartige "Volksgemeinschaft" in der Fremde keinen Platz hätten. Zu Fremden zählten dabei nicht nur Ausländer sondern auch Obdachlose, Behinderte und politische Gegner. Was tun, wenn Jugendliche in den Einflussbereich rechter Gruppen geraten? Herbert Heitland informierte hierzu die Besucher über die Hilfsangebote der "Elterninitiative gegen Rechts". Sie bietet Eltern und Angehörigen von Jugendlichen Beratung und Information an. Heitland zeigte auf, dass gerade die Eltern der Schlüssel zu einem Ausstieg aus der rechten Szene sein können. Aber auch den Jugendlichen selbst wird Hilfe angeboten. Mit dem Programm (R)AUSwege will das Land Rheinland-Pfalz jungen Menschen, die in den Einflussbereich extremistischer Gruppen gelangt sind, einen Ausstieg ermöglichen. Anhand eines kurzen Films "Damit die Vergangenheit nicht zur Zukunft wird" zeigte Herbert Heitland Möglichkeiten auf, wie sich Jugendliche informieren können. Informieren konnten sich die Besucher auch über Symbole der rechten Szene.

07.03.2008 URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/darmstadt/?em_cnt=1299960)

[online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/darmstadt/?em_cnt=1299960](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/darmstadt/?em_cnt=1299960)

Seeheim-Jugenheim - Einsam gegen Neonazis VON SEBASTIAN WEISSGERBER

Im Januar hatte Jürgen Fleißner Erfolg. Mit anderen Bürgern und Schülern des Schuldorfs Bergstraße "haben wir die NPD aus dem Ort gejagt", berichtet er. Wegen der Demonstranten baute die NPD ihren Infostand in Seeheim-Jugenheim schon nach einer halben Stunde wieder ab. Einen zweiten Anlauf in der Nachbargemeinde Alsbach-Hähnlein unternahm die NPD erst gar nicht mehr.

Für sein Engagement ernetzt der 65-jährige Rentner jedoch Kritik von der Gemeindeg Spitze. "Wir haben das nicht gewollt", sagt der Vorstand der Gemeindevertretung Walter Sydow (Grüne). Die erste Beigeordnete Karin Neipp (CDU) wirft Fleißner vor, der NPD überhaupt erst Öffentlichkeit verschafft zu haben. Neipps Taktik im Umgang mit Rechtsextremen: "Nicht hingehen und nicht publik machen." Auch der parteilose Bürgermeister Olaf Kühn sagt, eine Gegendemonstration biete der NPD genau die Plattform und Presse, die sie sich wünsche. Nach Beratung mit der Polizei habe die Verwaltung entschieden, die Öffentlichkeit nicht zu informieren.

Und fast hätte Fleißner auch am falschen Ort demonstriert. Denn die NPD meldete zwei Tage vor ihrer Kundgebung einen anderen Standort an. Mehrmals hatte sich Fleißner bei der Verwaltung nach dem NPD-Stand erkundigt. Doch von dem Ortswechsel wurde er nicht unterrichtet. Als Fleißner nachfragte, schrieb ihm die Verwaltung, dass sie "keine weiteren Informationen an Personen weitergeben" werde. Er möge "daher von weiteren diesbezüglichen Anfragen Abstand" nehmen.

Anti-Nazi-Resolution abgelehnt

Doch Fleißner demonstriert nicht nur, er verlangt von der Gemeinde auch eine Stellungnahme gegen rechtsextreme Gruppen. Dabei orientiert er sich an der "Zwingenberger Erklärung". Der haben sich in gleicher oder ähnlicher Form bislang 16 südhessische Kommunen wie Alsbach-Hähnlein oder Bensheim angeschlossen.

Anders in Seeheim-Jugenheim: "Solche Resolutionen helfen überhaupt nichts", sagt der Grüne Sydow. Er

stoße sich besonders an der Forderung, die Gemeinde solle sich "für ein Neonazi-freies Seeheim-Jugendheim einsetzen". Das könne auch anders interpretiert werden, meint Sydow. "Fleißner möchte, dass man Wahlstände der NPD stört. Und das wäre eine Aufforderung, sich rechtswidrig zu verhalten." Bürgermeister Kühn sieht zwar "kein Problem, eine solche Erklärung zu unterschreiben". Allerdings habe Fleißners Vorschlag bislang weder ihn noch die Fraktionsvorsitzenden erreicht. Fleißner zeigt sich verwundert: "Ich habe die Erklärung erst ans Rathaus an alle Fraktionen adressiert und ein zweites Mal persönlich an die Fraktionsvorsitzenden versendet." Gelegenheit zur Unterschrift bietet sich für Kühn nun am Montag. Fleißner will dann im Rathaus rund 350 Unterschriften abgeben, die er auf der Straße und am Schuldorf Bergstraße gegen Neonazis gesammelt hat.

07.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3191720

Mühle verliert an Bedeutung

LUDWIGSHAFEN (dpa) Eine ehemalige Gaststätte in Kirchheim an der Weinstraße hat offenbar für die rechtsextreme NPD als Veranstaltungsort an Bedeutung verloren. In der "Alten Gräflich Leininger Mühle" gebe es immer weniger größere Veranstaltungen, teilte das Polizeipräsidium in Ludwigshafen mit. In den vergangenen Monaten hätten lediglich parteiinterne Treffen mit etwa 20 bis 30 Teilnehmern "ohne jegliche Außenwirkung" stattgefunden. Ein Funktionär der NPD hatte das Gebäude zunächst gekauft, das Geschäft dann allerdings rückgängig gemacht. Inzwischen gebe es einen mündlichen, unbefristeten Mietvertrag. Auch in Altleiningen (Kreis Bad Dürkheim) hatte die NPD zeitweise eine ehemalige Gaststätte für Veranstaltungen genutzt. Seit einem Brandanschlag im März 2007 ist das Gebäude allerdings laut Polizei nicht mehr nutzbar.

08.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3193270

Betrüger tummeln sich im Internet -

Statistik des Ludwigshafener Polizeipräsidiums verzeichnet mehr Straftaten als im Jahr 2007

Die Zahl der Einbrüche nimmt immer noch den größten Anteil an der Gesamtkriminalität ein.

LUDWIGSHAFEN Für das Jahr 2007 verzeichnet die Statistik des Polizeipräsidiums 70 886 Straftaten - das sind rund 3 000 oder 4,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig konnten die Ermittler aber zwei Prozent mehr Fälle aufklären, insgesamt 63 Prozent der Straftaten.

Von Susanne Müller

Die Deliktsbereiche, die am stärksten in der Zunahme auffallen, sind Waren- und Kreditbetrug sowie das Verbreiten von Kinderpornografie. Der Kreditbetrug nahm zu um 70 Prozent (von 3 597 auf 6 128 Fälle), wofür vor allem drei Verfahren sorgten, bei denen über ein Internet-Auktionshaus Plagiate hochwertiger Produkte angeboten wurden. Im Bereich "Kinderpornografie" verzeichnet die Statistik für 2007 insgesamt 252 Fälle, im Vorjahr waren es noch 129.

Zunahmen wurden weiter verzeichnet in den Bereichen "Straftaten gegen das Leben" (33/ Vorjahr 29), "Rohheitsdelikte - Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Bedrohung und Nötigung" (11 335/10 559) sowie Sachbeschädigung (8 026/7 621). Bei fast allen Delikten im Bereich "Straftaten gegen das Leben" habe es sich, so die Polizei, um Beziehungstaten gehandelt, Serientaten seien nicht festgestellt worden.

Im Bereich "Straftaten gegen die persönliche Freiheit" seien, nachdem das entsprechende Gesetz im März 2007 in Kraft getreten war, erstmals "Stalkingfälle" erfasst worden: Es waren 231 Fälle.

Rückgänge registrierte die Polizei bei den Diebstählen. Die Fallzahlen bei Diebstählen aus Wohnungen ging um 15 Prozent, die aus Autos um 26 Prozent zurück. Dennoch nimmt die Deliktgruppe der Diebstähle insgesamt mit 33 Prozent den größten Anteil an der Gesamtkriminalität ein.

Der Anteil nicht deutscher Tatverdächtiger, so hält die Statistik fest, ist im Jahr 2007 leicht gesunken: 6 234 Tatverdächtige wurden hier festgestellt, als deutsche Tatverdächtige sind 22 501 Menschen gezählt worden. Der markante Anstieg der Ermittlungsquote im Bereich "Verbreiten pornografischer Schriften" sei ursächlich erreicht worden durch die so genannte "Operation Himmel", ein bundesweit durchgeführten Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung von Kinderpornografie im Internet. Das Polizeipräsidium bearbeitete in diesem Zusammenhang 166 Ermittlungsverfahren.

Im Fokus des Polizeipräsidiums stand weiter eine ehemalige Gaststätte im pfälzischen Kirchheim an der Weinstraße. Sie habe, so die Polizei, offenbar für die NPD als Veranstaltungsort an Bedeutung verloren. In der "Alten Gräflich Leininger Mühle" gebe es immer weniger größere Veranstaltungen, heißt es in der Kriminalitätsstatistik. In den vergangenen Monaten hätten lediglich parteiinterne Treffen mit etwa 20 bis 30 Teilnehmern "ohne jegliche Außenwirkung" stattgefunden. Auch in Altleiningen (Kreis Bad Dürkheim) hatte die NPD zeitweise eine ehemalige Gaststätte für Veranstaltungen genutzt. Seit einem Brandanschlag im März 2007 ist das Gebäude allerdings laut Polizei nicht mehr nutzbar.

11.03.2008 www.echo-online.de

„Was geht in deren Köpfen vor?“

Rechtsextremismus: Seminar des Freundeskreises Albert-Schweitzer-Haus und der Stadt Darmstadt in Lindenfels – Strategien der demokratischen Rückweisung

LINDENFELS. Laute Musik dröhnt durch den Raum. Wer hört schon genau auf den Text, wenn Jugendliche die Musik aufdrehen? Nehmen Eltern, Lehrer oder Jugendbetreuer wahr, wenn aufhetzende und gewaltverherrlichende Texte darunter sind? Neonazistischen Gruppen, Rechtsrockbands und „Freie Kameradschaften“ nutzen Musik, um ihrer politischen Parolen zu verbreiten.

„Rechtsextremismus erkennen und damit umgehen“ lautete das Thema eines am Wochenende in Kooperation mit dem Freundeskreis Albert-Schweitzer-Haus und der Stadt Darmstadt veranstalteten Seminars. Glatze, Springerstiefel und nazistische Sprüche – das ist ein Klischee und nicht mehr das offensichtliche Zeichen für Rechtsextremismus.

Mit Vorträgen und Diskussionen wurden die Ideologien rechtsextrem geprägter Menschen aufgezeigt. Schnell wurde deutlich, dass keiner als Neonazi geboren wird. Auch Menschen aus der Nachbarschaft können es sein, die normale bürgerliche Existenzen haben und sich an den rechten Rand verirren.

Im Rahmen des lokalen Aktionsplans „Vielfalt-in-Darmstadt“ werden zwölf Projekte über das Bundesprogramm „Vielfalt tut Gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ gefördert. Diesmal hatten die Veranstalter Multiplikatoren eingeladen.

Gekommen waren Studenten, Jugendbetreuer, Lehrer und Zeitzeugen. Was fasziniert Kinder und Jugendliche am Rechtsextremismus, fragte Rainer Becker vom Institut für Erziehungswissenschaften der Philips-Universität in Marburg. Im Seminarraum ließ er Musik dröhnen. „Ihr tut unserer Ehre weh – unsere Antwort lautet Zyklon B“, diesen Text der indizierten CD hatten die aufmerksamen Zuhörer wahrgenommen, doch ihre Interpretation war unterschiedlich.

„Was geht in deren Köpfen vor, wie kann das sein?“ fragte Inge Volp. Die evangelische Christin aus Lindenfels erinnerte sich an Bilder, die Jüdinnen mit einem Kind an der Hand auf dem Weg in ein Konzentrationslager zeigten. Die Bezeichnung für das Gift ist für sie zu einem der Synonyme der Systematik des Holocaust geworden. Deutlich ist ihr heute bewusst, wie sie als Jugendliche indoktriniert wurde.

„Wir haben die Gefahr erlebt und wollen nicht, dass die Gefahr heute von Kindern und Jugendlichen nicht erkannt wird“, unterstrich sie die Intention ihres Engagements gemeinsam mit ihrem Ehemann Pfarrer Karl Heinrich Volp.

Eine andere Seminarteilnehmerin ist noch jung, und nachdem sie diesen Musiktext gehört hatte, stellt sie die Frage „Was ist Zyklon B?“ So zeigt sich, dass es für manche nicht mehr ist als ein Wortspiel – doch darin zeigt sich die Gefahr, dass rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen im Umfeld von Kindern und Jugendlichen nicht registriert und damit auch nicht bekämpft werden.

Rechtsextremismus ist offenbar zum Teil einer Jugendkultur geworden und insofern „unpolitisch“. „Du musst nicht schwach sein, komm zu uns, und gemeinsam können wir stark sein“, so bezeichnete Rainer Becker die Botschaft, mit der junge Menschen erreicht werden sollen. Das trügerische Gefühl der Anerkennung und der Zugehörigkeit soll sie zur Rebellion anzufeuern.

Becker zählt Ursachen auf, die es begünstigen, in die Scheinwelt des Rechtsextremismus zu flüchten. Chauvinismus und sozialer Neid als Argumentation greifen zu kurz. Da ist das individuelle Umfeld, das Elternhaus sowie die Schule. Schon früh kann ein Kind durch Vorurteile gegen andere Menschen eine erste Prägung erhalten und es dann auch als „normal“ empfinden, wenn andere ausgegrenzt werden.

Entscheidend ist, wie gesellschaftliche Umbrüche und Veränderungen innerhalb der Familie und des Umfeldes wahrgenommen werden. Wie bewertet man etwa die Arbeitslosigkeit der Eltern oder die Aussichtslosigkeit bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz? Sucht man Schwächere, denen man die Schuld daran gibt?

„In Hessen ist die zivilgesellschaftliche Aufmerksamkeit hoch, da stehen um einen Stand der Rechtsextremen gleich viele Menschen herum“, erlebt Wilfried Rexroth und appelliert an die Zivilcourage. In ländlichen Gegenden versuchen rechtsradikale Gruppierungen, Lücken der freien Jugendarbeit zu füllen. In Gesprächen thematisiert Rexroth daher die Frage, ob traditionelle Vereinsarbeit ausreichend sein kann und Städte und Gemeinden stärker gefordert sind. Der Geschäftsführer der Landeskoordinierungsstelle für das Beratungsnetzwerk zeigte, dass man nicht auf eindeutige Antworten hoffen kann.

Die Stärkung der Zivilgesellschaft sieht er als eine erfolgreiche Methode. Wie kann man reagieren, wenn eine Mahnwache der NPD angekündigt ist? Man kann Mahnwachen oder Aufmärsche tabuisieren und somit hoffen, dass die Gruppierung dadurch keine Aufmerksamkeit erhält. Doch inwieweit kann dies als Tolerierung wahrgenommen werden, ist mitunter nicht sogar die schweigende Mehrheit das Problem?

Gefragt sind daher Strategien der demokratischen Rückweisung von rechtsextremistischen Tendenzen – den jungen Rechtsextremen sollte man mit qualitativen Argumenten begegnen. So ist es für das Profil innerhalb der Stadt Darmstadt charakteristisch, dass die Toleranzschwelle gegen alle Formen des Rechtsextremismus niedrig ist.

Die Stadtverwaltung engagiert sich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren für präventive Arbeit, dies verdeutlichte in Lindenfels auch Waltraud Langer, stellvertretende Abteilungsleiterin des Jugendamtes. **drea**

Einen **Fachtag** im Projekt *Jugendverbände aktiv gegen Rechtsextremismus* bietet der Hessische Jugendring am Mittwoch, den 30.04.08. von 10:00- 16:00 Uhr in Frankfurt/M in der Landessportschule für ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen in der Jugendarbeit an. Die Tagung mit dem Thema: **Courage gegen Rassismus und Antisemitismus** ist ein Beitrag zur politischen Jugendbildung. Im Zentrum der Tagung steht die Diskussion von Ausgangsbedingungen und Perspektiven eines Engagements gegen Antisemitismus. Festzustellen bleibt: Die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in der Jugend(verbands)arbeit befindet sich auf ein em guten Weg und dennoch bleibt in der Praxis noch viel zu tun. Die interkulturelle Öffnung der Jugendverbände ist in vielen Feldern vorangekommen, um die Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Sport, in SchülerInnenvertretungen, in gewerkschaftlichen Auszubildendenvertretungen in Betrieben oder in sozialen und kirchlichen Aktivitäten zu erweitern. Mit der Ausbildung von Integrationslotsen für die Jugendarbeit ist ein weiterer Schritt gelungen, um Kindern und Jugendlichen im Alltag, in Schulen und in Gemeinden mehr Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Weitere Infos zur Veranstaltung finden sich [hier](#).

12.03.2008 »Die rechte Szene entwickelt sich munter weiter«

Bündnis gegen rechts verlangt von CDU, FDP und Grünen in **Wiesbaden**, konsequent gegen Neonazis vorzugehen. Ein Gespräch mit Manuela Schon von Gitta Düperthal
--> <http://www.jungewelt.de/2008/03-12/025.php>

13.03.2008 <http://www.jungewelt.de/2008/03-13/054.php>

Wieder Brand in Ausländerhaus

Seit Januar drei Mal in einem Wormser Wohngebäude Feuer gelegt *Von Peter Wolter*

Das Muster kommt bekannt vor: Erst brennt es in einem von Ausländern bewohnten Haus. Dann sucht die Polizei nach den Brandstiftern – kann aber entweder keine finden oder aber keinerlei fremdenfeindliches Motiv feststellen. So geschah es am Mittwoch wieder in Worms, wo nach einem Brand sechs Menschen mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert wurden. Das Feuer war in der Nacht im Keller ausgebrochen und hatte zu starker Qualmentwicklung im Treppenhaus geführt.

In dem Keller hatte es bereits im Januar zwei Mal gebrannt. Damals waren Gutachter zu dem Schluß gekommen, daß es Brandstiftung war. Die Polizei geht nun davon aus, daß es diesmal derselbe Täter war, hatte die Spurensicherung am Brandort aber schon gegen Mittag abgeschlossen. Die Ergebnisse würden jetzt ausgewertet, sagte ein Sprecher. Das Hochhaus, in dem sich 27 Wohnungen befinden, wird hauptsächlich von Ausländern bewohnt.

Erst vor wenigen Wochen waren in Ludwigshafen bei dem Brand eines Wohnhauses neun türkischstämmige Bewohner ums Leben gekommen. Zwei Mädchen, die im Hauseingang einen Brandstifter gesehen haben wollten, wurden von der Polizei im Laufe der Ermittlungen als unglaubwürdig eingestuft – womit sich nicht nur die Frage der Brandstiftung, sondern auch die nach einem eventuell fremdenfeindlichen Motiv erledigt hatte. Die türkischen Behörden hingegen hatten wohl nicht das rechte Vertrauen in die Unvoreingenommenheit der deutschen Behörden. Vorsichtshalber wurden drei türkische Kriminalisten nach Ludwigshafen geschickt, die jedoch nur begrenzten Einblick in die Ermittlungsergebnisse bekamen. Der stellvertretende Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Hilmi Kaya Turan, hatte dazu in der jungen Welt gesagt, schon zu den Hessen-Wahlen habe sein Verein erklärt, daß die ausländerfeindlichen Wahlkampfäußerungen von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) »rassistische Ressentiments schüren und den Weg zu neuen Anschlägen ebnen könnten. Ist es etwa ein Zufall, daß seit der Wahl die Zahl von Bränden in türkischen Häusern so erschreckend hochgeht?« »Das ist kein Zufall«, sagte am Mittwoch in Worms die Hausbewohnerin Hicran Ceylan zur Nachrichtenagentur ddp. Sie sei fest davon überzeugt, daß der Brand bewußt gegen Ausländer gelegt worden sei. Schließlich lebten in dem Haus nur Türken und Russen. »Deutsche sind hier, glaube ich, kaum.« Laut ddp haben die Bewohner jetzt Angst, daß es beim nächsten Brand nicht so glimpflich ausgehen wird.

13.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3199566

Protest gegen Rechtsextreme

zel. **KOSTHEIM** Protest gegen eine am 29. März im Bürgerhaus an der Winterstraße geplante Veranstaltung der NPD hat das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts eingelegt. Die Stadt als Vermieterin der Gemeinschaftszentren dürfe den Rechtsextremen öffentlichen Raum nicht widerspruchslos überlassen. Sie müsse alles mögliche tun, um die NPD-Veranstaltung zu untersagen, heißt es in einer Erklärung des Bündnisses, dem unter anderem die Grünen, der Ausländerbeirat, der Flüchtlingsrat sowie die Linke Liste angehören. Für Samstag, 29. März, hat das Bündnis um 18 Uhr zu einer Kundgebung gegen das Treffen des Wiesbadener NPD-Kreisverbandes vor dem Bürgerhaus aufgerufen. "Gemeinsam wollen wir zeigen, dass in dieser Stadt kein Platz dafür ist", heißt es in einem Aufruf.

Der Kostheimer Ortsbeirat hatte das Thema bei seiner vorigen Sitzung kommentarlos zur Kenntnis genommen. Auch im Kasteler Bürgerhaus plant die rechtsextreme NPD am Samstag, 31. Mai, um 17 Uhr einen Auftritt.

13.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3200661

Versteckte Symbole der Rechten

Ausstellung in Guntersblumer Rathaus klärt über Neonazis auf

Eine Besucherin informiert sich in der Guntersblumer Ausstellung "Das Versteckspiel" über die neue rechte Szene. hbz/Michael Bahr

GUNTERSBLUM "Das Versteckspiel" heißt die Ausstellung, die über die rechte Szene aufklärt und im Guntersblumer Rathaus zu sehen ist. Sie wurde vom Aktionszentrum für Soziale Perspektiven in Berlin ausgeliehen. Von Carina Rühl

Der Schriftzug "Die Würde des Menschen ist unantastbar" zielt den Guntersblumer Ratstisch - "symbolträchtiger könnte es gar nicht sein", findet Jugendreferent Wilfried Rumpf. Er hat gemeinsam mit zwölf Jugendlichen des Dekanats Oppenheim die Ausstellung "Versteckspiel" von Berlin nach Rheinhessen geholt.

Aus gegebenem Anlass, denn nach dem Vorfall auf dem Kellerwegfest im August vergangenen Jahres kam bei den Jugendlichen der Wunsch nach mehr Informationen auf. "Ich wurde in Mainz schon öfter angesprochen, habe auch die so genannte Schulhof-CD in die Hand gedrückt bekommen", erzählt David Mayer. Diese CD mit rechtsradikaler Musik kam auch während der Vorträge der beiden Referenten zur Sprache. Sie ist einer der Wege, auf dem rechte Gruppierungen neuerdings versuchen, Jugendliche für sich zu gewinnen. Dabei werden bekannte Jugendtrends verwendet, wie in diesem Fall die Metalmusik, um subtil politische Inhalte zu vermitteln. Genau auf dieser Wandlung der rechten Szene liegt der Schwerpunkt der Ausstellung.

Rechtsextremisten bedienen sich sogar bekannter linker Symbole, um ihre Gesinnung zur Schau zu tragen. So ist auf ihren T-Shirts beispielsweise Che Guevara zu sehen oder sie tragen Palästina-Tücher, um ihre Anti-Israel-Haltung zu zeigen. Dem typischen Erscheinungsbild in Springerstiefeln und Bomberjacke entsprechen die wenigsten. "Die heutige Ausstellung ist leider notwendig geworden", gibt Bürgermeister Rolf Klärner zu. Er berichtet auch, dass die Täter vom Kellerwegfest im Mai 2008 vor Gericht stehen werden. Die 15 Aufstellwände, die in den kommenden zehn Tagen im Ratssaal zu sehen sein werden, zeigen die neuen versteckten Symbole der rechten Szene - teilweise so verschlüsselt, dass sie nicht verboten werden können. Jeder Schüler könne ohne Probleme Pullis mit dem Aufdruck "88" tragen. Kann dieser Zahlencode entschlüsselt werden, steht er allerdings jeweils für den achten Buchstaben im Alphabet und damit für "Heil Hitler". Das Gefährliche sei ohnehin die Ideologie dahinter, nicht die Zurschaustellung. Auch der Politikwissenschaftler Dr. Reiner Becker betonte, dass die Nazis dem traditionellen Bild des Schlägers nicht mehr ausschließlich entsprechen. "Im Hintergrund gibt es Ideologen, die nie einen Baseballschläger in die Hand nehmen würden", fasst er zusammen. Er brachte dem interessierten Publikum die Strategien nahe, mit denen neue Anhänger gewonnen werden sollen. Vor allem auf dem Land spiele die Cliquenstruktur eine große Rolle. Die Rechten böten Freizeitangebote, gingen auf die Bedürfnisse der Jugendlichen ein und nähmen sie ernst, so wie sie sind. Felix Eitel vom Landesjugendamt stellte die Initiativen gegen Rechts vor: "Die Rechten machen einiges, aber auch das Land Rheinland-Pfalz engagiert sich", betont er.

14.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3202031

"Ich bin dankbar für alle, die Flagge zeigen"

Aktionstag von Ausländerbeirat und Stadt zum Thema Rassismus/Umfrage zu Fremdenhass

Von Julia Beier

"Wir sind in Worms international", begrüßte Carlo Riva, Vorsitzender des Ausländerbeirates, seine zahlreichen jugendlichen und erwachsenen Gäste im KW-Kino und war wie alle Anwesenden gespannt auf den Film "Yasmin", der zum Internationalen Tag des Rassismus gezeigt wurde. Inhalt: Eine junge Frau steigt aus dem Auto, zieht sich heimlich ihr Kopftuch ab und schlüpft in europäische Kleidung. Das macht sie jeden Tag, wenn sie zur Arbeit fährt und wieder nach Hause kommt. Und genauso sieht auch die Welt der pakistanischen Immigrantin Yasmin in England aus: Sie lebt zwischen zwei Kulturen, ohne sich für eine wirklich entscheiden zu müssen - und sie hat damit keine Probleme. Bis zum 11. September 2001, als viele Muslime plötzlich und ohne Grund des Terrors verdächtigt werden. Als britische Soldaten Yasmins Haus durchsuchen und verwüsten, sie und ihre Familie bedrohen und die junge Frau grundlos festgenommen wird, wendet sie sich von der europäischen Kultur, die ihr einst so frei vorkam, ab und versucht, ihre Wurzeln im Islam zu finden.

Der Ausländerbeirat und die Stadt Worms haben es mit diesem Aktionstag gegen Rassismus geschafft, dass Wormser mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen gemeinsam das schwierige Thema "Rassismus" angehen und diskutieren. Deshalb galt auch Rivas besonderer Dank allen Organisatoren der Filmvorführung. "Ich bin dankbar, dass es noch Männer und Frauen gibt, die Flagge zeigen", so der Vorsitzende des Ausländerbeirates. Es sei unbedingt nötig über Themen zu reden, die einem nicht passten, und gemeinsam daran zu arbeiten, dass alle Wormser sich in ihrer Stadt wohl fühlen können. Kulturbeauftragter Volker Gallé rief zum "kreativen Dialog aller Kulturen" auf, wie es auch schon in der 2007 verabschiedeten Resolution gegen Rechtsextremismus von der Stadt Worms gefordert wird. "Man muss auch die dunklen Flecken der Geschichte wahrnehmen", so Gallé und lud zum Rundgang durch Worms und

seine Vergangenheit ein: So seien etwa nach dem Scheitern der Revolution im 19. Jahrhundert die noch jungen Menschenrechte wieder mit Füßen getreten worden und der Rassismus habe sich langsam eingeschlichen.

15.03.2008 <http://www.morgenweb.de/service/archiv/artikel/645695414.html>

Rechtsextremismus: Zahl der Gewalttaten geht zurück - Skinheads kleiden sich um

Stuttgart. Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten in Baden-Württemberg ist erstmals seit Jahren gesunken. 2007 gab es mit 1062 über 200 Delikte weniger als im Jahr zuvor. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht hervor, der gestern in Stuttgart veröffentlicht wurde. Die rechtsextremistischen Gewalttaten sind ebenfalls zurückgegangen - von 99 auf 76. Innenminister Heribert Rech (CDU) führt die Entwicklung auf rückläufige Rechts-links-Auseinandersetzungen zurück.

Linksextremisten haben sich ebenfalls deutlich weniger zu Schulden kommen lassen: Sie verübten 224 Delikte (Vorjahr: 271), davon waren 46 Gewalttaten (Vorjahr: 87). Einen Wandel haben die Verfassungsschützer in der Skinheadszene beobachtet. Sie löse sich von typischen Erkennungszeichen wie Kahlkopf, Springerstiefel und Bomberjacke. Zum neuen Erscheinungsbild gehöre nun modische Kleidung, sagte Beate Bube, die Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz. Die Szene habe sich um etwa 40 auf 800 Köpfe verkleinert.

Laut Rech ist die NPD die einzige rechtsextremistische Organisation, die "aufgrund ihrer subtilen Bündnisstrategie" wächst. 440 ihrer bundesweit 7200 Mitglieder hat die Partei im Südwesten, wo sie aber "nicht die Bedeutung hat wie in anderen Bundesländern". Die Republikaner würden dagegen "zunehmend bedeutungsloser". Jor